

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/026(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 01.12.2017	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20. 10. 2017 - öffentlicher Teil T0020/17
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Neubesetzung im Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH und der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG DS0428/17
BE: Bürgermeister
- 5.2 Beteiligungsbericht 2017 DS0476/17
BE: Bürgermeister
- 5.3 Wechsel in der Besetzung der Aufsichtsräte der Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM KG) und der Städtische Werke Magdeburg Verwaltungs-GmbH (SWM GmbH) I0327/17
BE: Bürgermeister

6	Anträge	
6.1	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion CDU/FDP/BfM	A0113/17
6.1.1	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss BSS	A0113/17/1
6.1.2	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Bürgermeister	S0251/17
6.2	Ein Hassel für Alle Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0106/17
6.2.1	Ein Hassel für Alle BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0245/17
6.3	Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion CDU/FDP/BfM, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion LINKS für Magdeburg	A0114/17
6.3.1	Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt Fraktion DIE LINKE/future!	A0114/17/1
6.3.2	Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion LINKS für Magdeburg	A0114/17/2
6.3.3	Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0260/17
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Reinhard Stern

Andreas Schumann

i.V.f. SR Schwenke

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Oliver Müller

Jenny Schulz

Jürgen Canehl

i.V.f. SR Meister

Frank Theile

i.V.f. SR Boeck

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Wigbert Schwenke

Olaf Meister

Hugo Boeck

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Ergänzend zur Tagesordnung liegt die DS0553/17 – Personalangelegenheit – als TOP 9.4 vor.

Die so ergänzte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 20. 10. 2017 - öffentlicher Teil Vorlage: T0020/17

Eingehend auf Punkt 5.1 – DS0353/17 – Haushaltsplan 2018 – Stellenplan – nimmt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, Bezug auf die Ausführungen hinsichtlich der Ausbildung von Notfallsanitätern und bittet um Beantwortung, durch welchen Externen diese Ausbildung vorgenommen wird.

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 20. 10. 2017 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Ausschusses bei 4 Enthaltungen bestätigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Neubesetzung im Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH und der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG Vorlage: DS0428/17

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann geht in seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache auf die Person Herr Rudel ein und merkt an, dass dieser als gute Ergänzung im Aufsichtsrat angesehen wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0428/17 in seiner Sitzung am 07. 12. 2017 zu beschließen.

5.2. Beteiligungsbericht 2017
Vorlage: DS0476/17

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

In seinen erläuternden Ausführungen verweist der Bürgermeister Herr Zimmermann darauf, dass der Beteiligungsbericht entsprechend § 130 KVG LSA auch Gegenstand der Diskussion zum Jahresabschlussbericht 2016 der LH MD im Stadtrat ist.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0476/17 in seiner Sitzung am 07. 12. 2017 zu beschließen.

Hinweis: Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, trifft zur Sitzung ein.

5.3. Wechsel in der Besetzung der Aufsichtsräte der Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG (SWM KG) und der Städtische Werke Magdeburg Verwaltungs-GmbH (SWM GmbH)
Vorlage: I0327/17

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass der Besetzungswechsel bereits in der Gesellschaft beschlossen wurde.

Die Information wird mit kurzen erläuternden Ausführungen des Bürgermeisters Herrn Zimmermann von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

6. Anträge

6.1. Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0113/17

6.1.1. Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0113/17/1

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet die Stellungnahme der Verwaltung als positiv und bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag A0113/17.

Eingehend auf den Änderungsantrag A0113/17/1 des Ausschusses BSS äußert er, diesen ablehnen zu wollen. Begründend legt er dar, dass sich ihm die Logik des Änderungsantrages nicht erschließe. Entweder bleibe die Schülerbeförderung so wie sie bisher durchgeführt wird, oder es sei eine neue ÖPNV-Anbindung gewollt. In diesem Fall müsse eine Umformulierung des Änderungsantrages erfolgen. In der vorliegenden Form könne keine Zustimmung erfolgen.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann gibt den Hinweis, dass der Antrag im Ausschuss BSS von Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/FDP/BfM, formuliert wurde mit dem Anliegen, dass die Schüler auch weiterhin ordnungsgemäß befördert werden. Er gibt zu Protokoll, dass die gesetzliche Vorgabe der rechtzeitigen Beförderung der SchülerInnen zur Schule gewährleistet wird.

Dem Vorschlag des Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, den Änderungsantrag A0113/17/1 des Ausschusses BSS zurückzustellen, verbunden mit der Bitte an den Vorsitzenden des Ausschusses BSS, eine konkretere Umformulierung vorzunehmen, wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses gefolgt.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A0113/17 der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion CDU/FDP/BfM zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0113/17 in seiner Sitzung am 18. 01. 2018 zu beschließen.

6.1.2. Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: S0251/17

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2. Ein Hassel für Alle Vorlage: A0106/17

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht seinen Dank für die detaillierte Stellungnahme der Verwaltung aus. Eingehend auf die Vielzahl an Einzelpunkten des Antrages spricht er sich mit Hinweis auf die Diskussion im Ausschuss StBV dafür aus, sich auf einige Punkte zu konzentrieren. Stadtrat Canehl bittet um Einzelabstimmung der Antragspunkte und geht erläuternd auf einzelne Punkte ein. Insbesondere macht er deutlich zu wissen, dass zu den Punkten 2 (mehr Sitzgelegenheiten), 4 (Tempo 20 am Abend) und 7 (WLAN für Alle) keine Mehrheiten erreicht werden.

Zu **Punkt 1** des Antrages bezeichnet er die **Errichtung einer öffentlichen Toilette** als außerordentlich wichtig und den in der Stellungnahme unterbreiteten Vorschlag der Errichtung einer Litfaßsäulen-Toilette als gut. Er führt aus, dass in den Ausschüssen KRB und StBV dem **Punkt 3 (Beleuchtungskonzept)** zugestimmt wurde und bittet ebenfalls um Zustimmung zu diesem Punkt.

Ebenfalls wurde in beiden Ausschüssen zum **Punkt 5 (Außengastronomie)** die Feststellung getroffen, dass die Gastronomie mehrheitlich als störend angesehen wird. Dies sei zum Teil ein städtebauliches Problem, was gelöst werden muss. Er legt seine Auffassung dar, dass diesem Punkt zugestimmt werden sollte.

Eingehend auf **Punkt 6 (Mehr Kontrollgänge)** des Antrages richtet er mit Hinweis auf die im Stellenplan enthaltenen zusätzlichen Einsatzkräfte die Frage an den Beigeordneten Herrn Platz, ob es auch Einsatzkräfte geben wird, die per Rad oder zu Fuß tätig werden.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, unterstützt die Bitte um Einzelabstimmung und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Punkten 3, 5 und 6. Er informiert, dass am Montag ein Gespräch mit Gastronomen stattfinden wird. Grundsätzlich werde eine Außengastronomie befürwortet. Er spricht sich für eine Zustimmung zu diesem Punkt aus, damit eine entsprechende Prüfung der in der Stellungnahme genannten Faktoren erfolgen kann. Bezug nehmend auf Punkt 1 legt er seine Auffassung dar, dass die Errichtung einer öffentlichen Toilette das Problem nicht lösen wird, er aber diesem Punkt nicht völlig ablehnend gegenüber steht.

Im Weiteren geht er auf die Diskussion zum Antrag im Ausschuss StBV ein und informiert über den hier erteilten Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, inwieweit eine Öffnung der Liebigstraße realisiert werden kann und begründet diesen Auftrag.

Der Beigeordnete Herr Platz informiert in seine Ausführungen über seinen Eindruck im Ergebnis eines Gesprächs mit Gastronomen am Hasselbachplatz.

Die Errichtung einer öffentlichen Toilette werde befürwortet, da zum einen die Betreuung durch den EB SAB erfolgt und zum anderen diese zu einer Entspannung der derzeitigen Situation beitragen kann.

Zur Thematik der Sitzgelegenheiten bestehe bei den Gastronomen die Meinung, dass diese entfernt werden sollten. Hier werde die Auffassung vertreten, dass sich, wo keine Sitzgelegenheiten vorhanden sind, auch keine Personen aufhalten werden.

Hinsichtlich einer Öffnung der Liebigstraße legt er dar, dass diese als eine ganz interessante Idee angesehen werde, welche kurzfristig lösbar wäre. Neben der Öffnung der Straße werde auch versucht, eine Änderung der Taxistellplätze vorzunehmen.

Im Weiteren gibt er den Hinweis, dass die Erarbeitung eines Beleuchtungskonzeptes nicht kurzfristig erfolgen kann und die Einführung von Tempo 20 nicht umsetzbar ist.

Zur Thematik der Außengastronomie informiert Herr Platz über die Bedarfsabfrage bei Gastronomen. Hier konnte festgestellt werden, dass momentan Umsatzeinbußen zu verzeichnen sind und eher ein Rückbau an Plätzen als eine Erweiterung in Betracht gezogen wird.

Zur Frage der Erhöhung der Kontrollgänge informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass am Montag ein Abstimmungsgespräch mit der Polizei stattfindet. Diese Frage sei noch offen. Er legt dar, dass die in den Monaten August bis Oktober sehr konsequent durchgeführten gemeinsamen Streifengängen von Ordnungsamt und Polizei Wirkung gezeigt haben. Als Problem bezeichnet er jedoch, dass bei einer zeitlichen Verlängerung der Streifengänge auch mehr Personal benötigt wird.

Hinsichtlich einer WLAN-Abschaltung merkt er an, dass hier eine Auswertung schwierig ist. Seitens der Telekom wurde Zahlenmaterial gemeldet aus dem hervorgeht, dass nur eine geringe Nutzung des WLANs vorliegt. Zudem werde die Maßnahme seitens der ansässigen Gastronomen nicht unterstützt.

Abschließend legt er seine Auffassung dar, dass die Situation an solchen Plätzen, wie dem Hasselbachplatz, nur in den Griff zu bekommen ist, durch mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsamt. Dies werde auch gemacht. Er merkt an, dass es um die Verbesserung der Aufenthaltsqualität gehe, bei der es sich auch um eine städtebauliche Angelegenheit handelt. So müsse sich städteplanerisch Gedanken gemacht werden, wie ein Missbrauch des Platzes vermieden werden kann.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, unterstützt die Auffassung der Verwaltung hinsichtlich der Bedeutung städtebaulicher Belange.

Für ihn stellt sich die Frage, was auch in den nächsten 10 Jahren für den Hasselbachplatz vorstellbar ist, und benennt beispielhaft die Reduzierung der Getränkeshops.

Zur Thematik des Abbaus von Bänken legt er seine Auffassung dar, dass, wenn diese nicht mehr vorhanden sind, andere Sitzgelegenheiten gefunden werden. Die Aufstellung einer normalen öffentlichen Toilette sieht er als nicht sehr wirkungsvoll an. Hier müsste etwas Besonderes gefunden werden. Jedoch sei für ihn nicht vorstellbar, wo ein geeigneter Standort dafür sein könnte.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt er seinen Eindruck dar, dass dieser nicht allen Punkten zustimmen wolle und wirft die Frage auf, ob die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei ihrem Antrag bleibt oder ob dieser noch verändert wird.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, merkt an, dass Situationen, wie am Hasselbachplatz, auch deutschlandweit zu verzeichnen sind.

Er informiert, dass auch seine Fraktion Unterhaltungen mit ansässigen Gastronomen geführt hat. Als Zielstellung werde gesehen, am Hasselbachplatz wieder eine Situation herzustellen, wie sie z.B. vor 10 Jahren aktuell war. Hinsichtlich der Frage der Sitzgelegenheiten legt er seine Auffassung dar, dass diese ausreichend vorhanden sind.

Stadtrat Stern unterstützt die Aussage des Beigeordneten Herrn Platz, dass ordnungspolitische Maßnahmen im Vordergrund stehen müssen und schätzt ein, dass sich die Zusammenarbeit von Ordnungsamt und Polizei verbessert hat. Es müsse nach seiner Auffassung darauf geachtet werden, dass die Situation am Hasselbachplatz nicht eskaliert und dabei sei die Stadt auf einem guten Weg.

Er erklärt, den Punkten hinsichtlich des Beleuchtungskonzeptes und der Außengastronomie zustimmen zu können, die Themen WLAN und öffentliche Toilette jedoch zwiespältig zu sehen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf die Thematik Spätschops ein und verweist auf deren teilweise großen Werbeanlagen. Er legt seine Auffassung dar, dass hier eine Werbeanlagensatzung gebraucht werde, die solche Anlagen ausschließt. Dabei sollte auch der städtebauliche Denkmalschutz genutzt werden.

Eingehend auf die Nachfrage von Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, an ihn verweist er darauf, nur die Aussage getroffen zu haben, dass Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Im Weiteren unterstützt er die Ausführungen des Stadtrates Rösler bzgl. der öffentlichen Toilette.

Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg, legt seine Auffassung dar, dass der vorliegende Antrag Themenpunkte enthält die einerseits kurzfristig, andererseits aber nur langfristig umgesetzt werden können. Die Schwerpunkte der Sitzgelegenheiten, der Beleuchtung und der öffentlichen Toilette sollten konzentriert betrachtet werden, da es hier eine bestimmte Nachhaltigkeit gibt. Er regt an, darüber nachzudenken, ein Konzept zu erarbeiten, welche Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden können. Abschließend spricht er sich ebenfalls für eine punktweise Abstimmung aus.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterbreitet einen Änderungsvorschlag zum Punkt 1 des Antrages dahingehend, dass die Errichtung einer öffentlichen Toilette geprüft werden soll.

Abschließend nimmt der Oberbürgermeister Bezug auf Punkt 6 des Antrages und verweist darauf, dass es hier um die Verlängerung des Zeitraumes der Bestreifung auf nach 23.00 Uhr geht. Er macht darauf aufmerksam, dass dies die Einstellung von mehr Personal bedeute und sich somit von der bisherigen Verfahrensweise unterscheide.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Antrag A0106/17 zur Einzelabstimmung:

1. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den **Punkt 1** des Antrages unter Beachtung des Änderungsvorschlages des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu beschließen.

Hinweis: Die Änderung wird als Änderungsantrag A0106/17/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

2. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den **Punkt 2** des Antrages **nicht** zu beschließen.
3. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den **Punkt 3** des Antrages zu beschließen.
4. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den **Punkt 4** des Antrages **nicht** zu beschließen.
5. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den **Punkt 5** des Antrages zu beschließen.
6. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den **Punkt 6** des Antrages zu beschließen.
7. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den **Punkt 7** des Antrages nicht zu beschließen.

6.2.1. Ein Hassel für Alle
Vorlage: S0245/17

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 6.3. Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt
Vorlage: A0114/17
 - 6.3.1. Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt
Vorlage: A0114/17/1
 - 6.3.2. Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt
Vorlage: A0114/17/2
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt, sich ausdrücklich für den Änderungsantrag A0114/17/2 auszusprechen und begründet seine Auffassung.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die Stellungnahme der Verwaltung als gut, merkt jedoch an, noch Fragen zur Stellungnahme zu haben:
Er nimmt Bezug auf die Darlegungen hinsichtlich der Videoüberwachung am Moritzplatz und merkt kritisch an, dass seitens der Polizei hierfür kein Bedarf gesehen wird.

Hierzu führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass die Thematik bei der Polizei angefragt wurde. Im Ergebnis sei festzustellen, dass es für Anforderung an Videoüberwachung sehr hohe Hürden gibt. Das bisher festgestellte Straftatgeschehen rechtfertigt jedoch eine Überwachung nicht.

Stadtrat Canehl macht auf die Häufigkeit von Fahrraddiebstählen vor dem Moritzhof aufmerksam und spricht sich für eine Überwachung aus. Er äußert die Bitte, die Problematik nochmals prüfen zu lassen.

Hinweis: Im Nachgang zur Sitzung des Verwaltungsausschusses wird durch den Leiter des Fachbereiches 32 Herrn Ehlenberger das Ergebnis einer entsprechenden Rücksprache mit der Polizeidirektion Magdeburg am 04. 12. 2017 mitgeteilt. Hier wurde die Aussage getroffen, dass für den Bereich nach wie vor keine rechtliche Handhabe für die Veranlassung einer Videoüberwachung besteht.

Im Weiteren nimmt Stadtrat Canehl Bezug auf Ausführungen unter Punkt III – Städtebauliche Planung – der Stellungnahme der Verwaltung und geht dabei auf die Thematik der Errichtung einer Lärmschutzwand ein. In Beantwortung seiner Nachfrage hinsichtlich eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses verweist der Oberbürgermeister auf die Beschlussfassung zur DS0353/17 – Beantragung von Städtebaufördermittel für das Programmjahr 2018.

Hinsichtlich der Nachfrage des Stadtrates Canehl, ob bereits ein Stadtratsbeschluss zum Erlass der im letzten Absatz auf Seite 8 der Stellungnahme aufgeführten Veränderungssperre erfolgte, bestätigt der Oberbürgermeister die Beschlussfassung (siehe DS0253/17 – Satzung über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 135-1 „Nördliche Umfassungsstraße“).

Ergänzend führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass die Stellungnahme auf einer Zuarbeit des Dezernates VI beruht. Wenn durch das Dezernat die Aussage getroffen wurde, dass die für die Lärmschutzwand erforderlichen EFRE-Mittel beantragt wurden, dann ist davon auszugehen, dass dies auch so erfolgte.

In Beantwortung der weiteren Nachfrage des Stadtrates Canehl bezüglich der öffentlichen Toilette am Polarspielplatz verweist der Oberbürgermeister auf seine Festlegung hinsichtlich einer saisonbedingten, mobilen Aufstellung.

Der Beigeordnete Herr Platz ergänzt, dass eine Toilette an diesem Spielplatz genauso wenig wie eine Toilette am Hasselbachplatz im Wirtschaftsplan des für die Betreibung zuständigen Eigenbetriebes SAB steht und erst dort aufgenommen werden müsste. Dies bedeute aber auch, dass die Stadt die Aufstellung finanzieren müsste.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass der vorliegende Antrag noch nicht im Stadtrat beschlossen wurde. Trotzdem werde sich die Verwaltung mit der Problematik weiter beschäftigen. Insbesondere verweist er darauf, dass einige Maßnahmen bereits umgesetzt wurden.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, legt seine Auffassung dar, dass in der Stellungnahme Darlegungen enthalten sind, die nicht von Interesse für die Bürger sind, z.B. Soziale Belange. Er merkt an, dass im Rahmen des Runden Tisches eindeutig die Aussage getroffen wurde, dass es nur um den ruhestörenden Lärm geht. Stadtrat Zander äußert seine Verwunderung, dass der Runde Tisch eine nichtöffentliche Veranstaltung war und sein Unverständnis, dass er als Stadtrat nicht an dieser Veranstaltung teilnehmen konnte.

Erläuternd stellt der Oberbürgermeister klar, dass diese Veranstaltung durch das Stadtplanungsamt und den Beigeordneten VI vorbereitet wurde. Die Nichtöffentlichkeit wurde gewählt, um zu ermöglichen, dass eine freie Darlegung der bestehenden Auffassungen erfolgen kann. Allerdings sei die Beteiligung der rumänischen Mitbürger sehr gering gewesen. Im Weiteren legt er dar, dass die Koordinierung weiterer Maßnahmen über seinen persönlichen Referenten läuft und weiterhin intensiv daran gearbeitet werde, hier eine Lösung zu finden.

Ergänzend informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass es Veranstaltungen der AWO gibt, die sich ganz gezielt an die rumänischen Mitbürger richten, z.B. Informationsveranstaltungen zu Regeln im öffentlichen Raum. Er verweist darauf, dass die Probleme dieses Stadtviertels nicht kurzfristig gelöst werden können. Die Idee des Runden Tisches ist es, die Kommunikation zwischen den Bevölkerungsschichten zu verbessern. Der Runde Tisch ist kein Ort politischer Auseinandersetzungen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt dar, das Wohnviertel aus persönlichem Erleben zu kennen. Er merkt an, dass jedoch bestimmte Veränderungen in diesem Bereich erkennbar sind, gerade in den Sommermonaten. In Beantwortung seiner Nachfrage hinsichtlich des vorgesehenen Erfahrungsaustausches des persönlichen Referenten des OB mit der Stadt Duisburg, erklärt der Oberbürgermeister, dass dieser noch nicht stattgefunden hat.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, zum Öffentlichkeitscharakter des Runden Tisches und der Namensliste der Teilnehmer führt der Beigeordnete Herr Platz klarstellend aus, dass die Anregung zur Einrichtung des Runden Tisches im Rahmen der GWA-Sitzung im August erfolgte und es hierzu auch eine entsprechende Veröffentlichung in der Zeitung gab. Im Rahmen dieser Sitzung wurde der Vorschlag unterbreitet, dass neben den Maßnahmen der Verwaltung dieser Runde Tisch versucht, die verschiedenen Bevölkerungsschichten ins Gespräch zu bringen. Dabei wurde auch vorgeschlagen, dass sich alle Interessenten für eine Teilnahme in eine Liste eintragen.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass diese GWA-Sitzung öffentlich war. Ergänzend führt er aus, dass in der GWA festgelegt wurde, einen Runden Tisch zu veranstalten, an dem diejenigen teilnehmen, die sich in die Liste eingetragen haben. Insbesondere verweist er darauf, dass der Runde Tisch keine GWA-Sitzung war.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, schätzt ein, dass es sich bezahlt mache, wenn in kleineren Runden versucht wird, miteinander zu reden. Er informiert, dass aus seiner Fraktion keine Teilnahme erfolgte und merkt an, dass hierin kein Problem gesehen werde, da ausreichend Öffentlichkeitsarbeit gemacht werde.

Eingehend auf den vorliegenden Antrag bittet er um Zustimmung sowohl zum Antrag selbst als auch zum Änderungsantrag A0114/17/2. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Situation im Stadtteil Neue Neustadt in den nächsten Jahren wieder beruhigt werden kann und sich auch wieder verbessert. Klar sei dabei, dass dies nicht kurzfristig erfolgen kann. Er legt seine Auffassung dar, dass dazu flankierend städtebauliche Maßnahmen gehören.

Der Oberbürgermeister unterbreitet den Vorschlag, wenn für den Stadtrat der Bedarf an einer öffentlichen politischen Runde gesehen wird, dies zu organisieren. Als geeigneten Zeitpunkt hierfür sieht er dabei die Zeit an, zu der wieder eine Verschiebung der Situation zu erwarten ist und benennt als einen möglichen Zeitraum Mai 2018.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt Bezug auf den Änderungsantrag A0114/17/1 seiner Fraktion und verweist auf den hier enthaltenen Beschlusspunkt zur Bildung eines Runden Tisches und die Aufzählung Beteiligter. Er legt seine Auffassung dar, dass, wenn dieser Runde Tisch durchgeführt wird, die Mitglieder des Stadtrates ein Informationsrecht besitzen. Es könne nicht sein, dass nur bestimmte Stadtratsmitglieder teilnehmen können.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, informiert über seine Kenntnis, dass in Neue Neustadt ein Investor bauen wollte, der sowohl von der Stadt als auch von der WOBAU abgelehnt wurde, wie auch ein zweiter Investor, und bringt hierzu sein Unverständnis zum Ausdruck.

Der Oberbürgermeister erwidert, diesen Sachverhalt nicht zu kennen und fordert Stadtrat Zander auf, ihm die entsprechenden Namen der Investoren zu benennen.

Durch den Oberbürgermeister werden die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung gestellt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0114/17/1 der Fraktion DIE LINKE/future in seiner Sitzung am 18. 01. 2018 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0114/17/2 der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion LINKS für Magdeburg in seiner Sitzung am 18. 01. 2017 zu beschließen.

6.3.3. Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt
Vorlage: S0260/17

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Ehrenstadträte

Mit Hinweis auf das verstorbene ehemalige Mitglied des Stadtrates und Ehrenstadt Prof. Krampitz hinterfragt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, die Möglichkeit der Schaffung einer Regelung zum Umgang im Fall des Ablebens eines Ehrenstadtrates.

Der Oberbürgermeister sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

7.2. Schiffshebewerk

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt Bezug auf eine Presseveröffentlichung anlässlich der Übergabe eines Fördermittelbescheides für das Schiffshebewerk durch den Verkehrsminister Webel an den Oberbürgermeister und hinterfragt den Grund für die Anwesenheit des Stadtrates Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, bei diesem Treffen.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass er auf Einladung des Verkehrsministers diesen Termin wahrgenommen hat. Weitere Teilnehmer wurden von ihm nicht eingeladen. Ebenfalls habe er keinen Einfluss darauf, wer noch an diesem Treffen teilnimmt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin